

Leitantrag

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 27.10.2025)

Titel: Was bleibt, was wird – Wir schreiben Zukunft

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

2 Das aktuelle Grundsatzprogramm der LSV BS SH durch die folgenden Fassung zu
3 ersetzen:

4 **"1. Bildungsgrundsätze und Schulorganisation**

5 *Bildung ist die Grundlage einer gerechten und demokratischen Gesellschaft.*
6 *Schule muss Raum für individuelle Entwicklung, kritisches Denken und gemeinsames*
7 *Lernen bieten. Eine moderne Bildungsorganisation muss gerecht, transparent und*
8 *frei von unnötiger Bürokratie sein. Ziel der LSV BS SH ist ein Schulsystem, das*
9 *alle Schüler*innen gleichermaßen befähigt, an einer solidarischen,*
10 *demokratischen Gesellschaft teilzuhaben.*

11 **1.1. Gerechte Leistungsbewertung**

12 Wir fordern die Abschaffung der klassischen Schulnoten, da sie keine
13 individuellen und gerechten Leistungsbewertungen ermöglichen.

14 Stattdessen soll ein System eingeführt werden, das die persönlichen
15 Lernfortschritte und Kompetenzen der Schüler*innen differenziert abbildet und
16 zugleich Vergleichbarkeit sichert.

17 Zusätzlich sollen die mündlichen Noten durch transparente Bewertungsraster
18 ersetzt werden.

1.2. Abschaffung der Abiturprüfungen

Wir fordern die Abiturprüfungen als überholtes und unverhältnismäßiges Bewertungssystem abzuschaffen.

Die Leistungen der Qualifikationsphase vollständig zur Ermittlung der Hochschulreife heranzuziehen.

1.3. Schulsystem-Reform – Eine Schule für alle

Wir fordern die Abschaffung des zwei- bzw. dreigliedrigen Schulsystem zugunsten einer gemeinsamen, inklusiven Gesamtschule, in der alle Schüler*innen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

1.4. Oberstufenreform – Spezialisierung schafft Fachkräfte

Wir fordern, dass alle Schüler*innen in der Oberstufe mehr Wahlmöglichkeiten erhalten, in welchen Fächern Sie unterrichtet werden und welche Fachrichtung sie anstreben. Die allgemeinbildenden Gymnasien sollen sich langfristig an den beruflichen Gymnasien orientieren.

1.5. Zentrale Bildungsverwaltung

Wir fordern die Zentralisierung des Bildungssystems in Deutschland, um gleiche Standards, faire Ressourcenverteilung und eine bundesweite Vergleichbarkeit sicherzustellen.

1.6. Alle Lehrpläne zu Fachanforderungen

Wir fordern, dass sofort konsequent alle Lehrpläne zu Fachanforderungen umgeschrieben werden, um den Fokus auf Kompetenzen zu legen.

1.7. Aktualisierte Fachanforderungen und Kompetenzorientierung

Wir fordern, dass Fachanforderungen regelmäßig überprüft und modernisiert werden, um sie an gesellschaftliche, wirtschaftliche und digitale Entwicklungen anzupassen.

Der Fokus muss auf Demokratiebildung, Nachhaltigkeit und praktischen Lebenskompetenzen liegen.

1.8. Abbau von Kontrolle und Repression

Wir fordern, dass generelle Attestpflichten sowie pauschale Kontrollen an Schulen verboten werden.

Schule muss auf Vertrauen, nicht Misstrauen basieren.

1.9. Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Wir fordern die digitale Transformation der Schulverwaltung: elektronische Aktenführung, Online-Kommunikation, vereinfachte Antragsverfahren und datenschutzkonforme digitale Schulplattformen.

1.10. Schulautonomie und Partizipation

Wir fordern, dass Schulen mehr pädagogische und organisatorische Autonomie erhalten unter aktiver Mitbestimmung von Schüler*innen und Eltern.

2. Generelle Mitbestimmung und Schülervertretung

*Demokratie beginnt in der Schule. Mitbestimmung bedeutet, dass Schüler*innen aktiv an Entscheidungen beteiligt werden, die ihren Lern- und Lebensraum betreffen. Eine starke Schüler*innenvertretung (SV, KSV, LSV) ist dafür unerlässlich. Sie braucht rechtliche Absicherung, verlässliche Ressourcen und echte Mitsprachemöglichkeiten auf allen Ebenen der Bildungspolitik.*

2.1. Demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen

Wir fordern die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in allen Schulen – von der Klassen- bis zur Landesebene.

Schüler*innen müssen in allen Gremien Antrags-, Rede- und Stimmrechte haben.

2.2. Gemeinsame Landesschüler*innenvertretung

Wir fordern eine gemeinsame Landesschüler*innenvertretung aller Schularten in Schleswig-Holstein mit ausgewogener Vertretung der Interessen aller Schüler*innen.

2.3. Verbindliche Finanzierung der Schülervertretungen

Wir fordern eine verbindliche Mindestfinanzierung:

- 500 € jährlich für jede Schul-SV,

- 5.000 € für jede Kreisschüler*innenvertretung und

- 100.000 € für die Landesschüler*innenvertretungen,

automatisch indexiert mit der Inflationsrate.

2.4. Freistellung und Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit

Wir fordern gesetzlich verankerte Freistellungsansprüche für Mitglieder von SV, KSV und LSV und eine Erhöhung der Ansprüche für Landesschüler*innen- und Kreisschüler*innensprecher*innen.

Auch Arbeitgeber*innen müssen für den Einsatz von Berufsschüler*innen in der SV-, KSV- und LSV-Arbeit Freistellung gewähren.

2.5. Unterstützungsstrukturen und Verbindungslehrkräfte

Wir fordern die Bereitstellung einer stellvertretenden Landesverbindungslehrkraft und zwei Ausgleichsstunden für alle Verbindungslehrkräfte pro Woche, vier für Kreisverbindungslehrkräfte.

2.6. Unabhängige Geschäftsstelle der LSV

Wir fordern eine räumlich und personell eigenständige Geschäftsstelle für die Landesschüler*innenvertretungen Schleswig-Holsteins.

Diese muss unabhängig vom für Bildung zuständigen Ministerium arbeiten und darf nicht unter der fachlichen Aufsicht abgeordneter Lehrkräfte stehen.

2.7. Verlässliche Kommunikation

Wir fordern regelmäßige, niedrigschwellige Austauschrunden zwischen dem für Bildung zuständigen Ministerium (Schulaufsichten), LSVen und KSVen, einschließlich der Hausspitze (Minster*in, Staatssekretär*in)

96 Für die SVen fordern wir regelmäßige Austauschtermine mit der jeweiligen
97 Schulleitung.

98 2.8. Rechtsschutz und Beschwerdemöglichkeit für Schüler*innen

99 Wir fordern die Einrichtung einer anonymen Meldestelle bei der Schulaufsicht, an
100 die Schüler*innen Verstöße und Fehlverhalten melden können.

101 Darüber Hinaus sollte stets sichergestellt werden, dass die Rechte von
102 Schüler*innen gewahrt werden.

103 2.9. Strukturierter Dialog mit dem SHIBB

104 Wir fordern, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung
105 (SHIBB) verpflichtet wird, vor grundlegenden Änderungen an Schulformen oder
106 Bildungswegen einen strukturierten Dialog mit Schulleitungen, Lehrkräften,
107 Schüler*innenvertretungen und Ausbildungspartner*innen zu führen. Dieser Diskurs
108 soll verbindlich dokumentiert und öffentlich einsehbar sein.

109 2.10. Landesweites Vernetzungsportal für die SVen

110 Die LSV BS SH fordert ein landesweiter digitales Schüler*innenvertretungsportal,
111 über das die SVen vor Ort Zugang zu einem Funktionspostfach, wichtigen
112 Informationen, Vernetzungsangeboten und SV- Materialien erhalten.

113 3. Unterricht und Lernqualität

114 *Guter Unterricht ist das Herzstück jeder Schule. Lehrqualität entsteht durch*
115 *fachliche Kompetenz, pädagogisches Geschick und gute Rahmenbedingungen. Die LSV*
116 *BS SH setzt sich für modernen, praxisnahen, digitalen und gerechten Unterricht*
117 *ein, der Vielfalt fördert und individuelle Lernwege ermöglicht.*

118 3.1. Angemessene Klassengröße und Unterrichtsversorgung

119 Wir fordern kleine Klassen und Lerngruppen.

120 Der Klassenteiler soll um mindestens 20%, am besten um 40% gesenkt werden, und
121 die Unterrichtsversorgung ist auf mindestens 110% zu erhöhen, um Ausfälle zu
122 vermeiden.

123 3.2. Qualifizierte und motivierte Lehrkräfte

124 Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Quereinsteiger*innen, eine
125 umfassende pädagogische und medientechnische Ausbildung erhalten.

126 Außerdem müssen regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen zu Pädagogik,
127 Inklusion, Gendergerechtigkeit, Digitalisierung und ihren Fachkompetenzen
128 garantiert werden.

129 3.3. Gerechter Einsatz und faire Arbeitsbedingungen

130 Wir fordern, dass Lehrkräfte ausschließlich in ihren Fachrichtungen eingesetzt
131 werden und angemessene Entlastung bei Prüfungen, Korrekturen und Klassenfahrten
132 erhalten. Dazu gehört ein Bereitschaftsgeld für mehrtägige Fahrten außerhalb der
133 regulären Arbeitszeit.

134 3.4. Lehrkräfte-Evaluation durch Schüler*innen

135 Wir fordern, dass Schüler*innen Lehrkräfte anonym evaluieren können. Die
136 Ergebnisse müssen veröffentlicht, im Kollegium besprochen, in den Konferenzen
137 behandelt und zur Qualitätsverbesserung genutzt werden.

138 3.5. Unterrichtsformen der Zukunft

139 Wir fordern zeitgemäße Unterrichtsformen wie Doppelstunden, betreute Lernzeiten,
140 Projektunterricht, Portfolioprüfungen und kooperative Lernformate.

141 Hausaufgaben in ihrer bisherigen Form sollen abgeschafft werden.

142 3.6. Faire Leistungsbewertung

143 Wir fordern eine faire und transparente Leistungsbewertung:

144 – anonyme Klausuren,

145 – Korrekturfristen von maximal 4 Wochen,

146 – nicht mehr als 4 schriftliche Leistungsnachweise pro Wochen und

147 – keine Prüfungen und Nachschreibetermine an Wochenenden.

148 3.7. Moderne Lehrmittel und Lernmittelfreiheit

149 Wir fordern die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Bildungsgänge,
150 einschließlich Fachbücher, Tablets, branchenspezifisches Material und
151 Berufskleidung.

152 3.8. Digitale Schule

153 Wir fordern die flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen mit WLAN,
154 Smartboards, Endgeräten und sicheren Lernplattformen.

155 Schulendürfen dabei keine personenbezogenen Nutzerdaten speichern.

156 3.9. Medien und Nachrichtenkompetenz

157 Wir fordern die verbindliche Integration von Medienbildung, Quellenkritik und
158 digitaler Verantwortung in allen Fachanforderungen.

159 3.10. Unterrichtsqualität sichern und überprüfen

160 Wir fordern einen unabhängigen "Schul-TÜV", der Schulen regelmäßig evaluiert und
161 die Ergebnisse transparent veröffentlicht.

162 3.11. Von der Befehlskette zur Beziehungskultur

163 Wir fordern, dass im Vorbereitungsdienst sowie in der Lehrkräfteausbildung an
164 Berufsschulen verpflichtende Module zu Machtkritik, Hierarchien im
165 Bildungssystem und feministischer Pädagogik eingeführt werden. Dabei soll
166 insbesondere die Reproduktion patriarchaler, autoritärer Strukturen im
167 Schulalltag reflektiert und dekonstruiert und die Partizipation erhöht werden.

168 3.12. KI – Kritische Insights

169 Wir fordern landesweite und bildungsgang-/fachspezifische Regelungen zur Nutzung
170 künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren.

171 Außerdem sollen KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch
172 inhaltlich, pädagogisch und datenschutzkonform behandelt werden.

3.13. Weltverständnis statt Indoktrinierung

Wir fordern die Streichung von Religions- und Philosophieunterricht. Ersetzend soll Weltverständnis als Fache geschaffen werden, welches nicht nur die Elemente von Ethik, kritisches Hinterfragen und Verständnis der Weltreligion und Grundsätze des philosophischen Denkens behandelt. Dazu soll eine entsprechende Fachanforderung geschaffen werden.

4. Soziale Gerechtigkeit und Finanzierung

*Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht vom Einkommen, sozialen Hintergrund oder Wohnort abhängen. Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem bedeutet, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Lebenslage die gleichen Chancen auf Erfolg und Teilhabe haben. Dazu gehören finanzielle Unterstützung, Lernmittelfreiheit und eine faire Ausbildungsförderung.*

4.1. Bildung ohne finanzielle Barrieren

Wir fordern, dass Zugang zu Bildung in Schleswig-Holstein vollständig kostenfrei ist – von der Kita bis zur Hochschule.

Elternbeiträge zu Klassenfahrten, Lernmitteln, Prüfungen oder verpflichtenden Schulaktivitäten müssen abgeschafft werden.

4.2. Gerechte Ausbildungs- und Studienfinanzierung

Wir fordern die finanzielle Gleichstellung von Ausbildungs- und Studienplätzen – gleiche Chancen, gleiche Unterstützung.

4.3. Elternunabhängiges und gerechtes BAföG/BAB

Wir fordern, dass BAföG und BAB elternunabhängig, geschwisterunabhängig und unbürokratisch gewährt werden.

Anträge sollen digitalisiert, vereinfacht und sozial gerechter gestaltet werden.

4.4. Faire Vergütung für Ausbildung und Praktikum

Wir fordern eine gesetzliche Mindestvergütung für Ausbildungen und Praktika, die mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entspricht.

4.5. Kostenlose Unterbringung für Berufsschüler*innen

Wir fordern, dass Berufsschüler*innen, die aufgrund ihres Ausbildungsortes längere Schulwege haben, Anspruch auf kostenfreie Unterbringung oder Wohnraumförderung erhalten.

4.6. Keine Kürzung im Bildungswesen

Wir fordern, dass der Bildungsetat des Landes nicht gekürzt, sondern langfristig ausgebaut wird.

Lehrkräfte-Abbau ist sofort zu stoppen.

4.7. Bildungsgerecht finanzieren – Zukunft ermöglichen

Wir fordern, dass die Schulfinanzierung bundesweit gleichgestellt und von der regionalen Wirtschaftskraft unabhängig gestaltet wird.

4.8. Staatlich geförderte Innovationsfonds

Wir fordern die Einrichtung eines Innovationsfonds, der Schulen ermöglicht, innovative Projekte und Konzepte eigenständig zu entwickeln und umzusetzen.

4.9. Steuerliche Entlastungen für Bildungsgüter

Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie auf Lern- und Unterrichtsmaterialien.

4.10. Kostenlose Sprachzertifikate

Die volle Übernahme der Kosten für anerkannte Sprachzertifikate durch öffentliche Mittel für alle Schüler*innen

5. Nachhaltigkeit und Mobilität

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bildungsauftrag. Schulen müssen Lernorte sein, die ökologisches Bewusstsein, Verantwortung und zukunftsorientiertes Handeln fördern. Mobilität, Energieverbrauch und Verpflegung sind dabei ebenso wichtig wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die LSV BS SH setzt sich für ein klimafreundliches, nachhaltiges und sozial gerechtes Schulsystem ein.

226 5.1. Bildung für nachhaltige Entwicklung

227 Wir fordern, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Fachanforderungen
228 verbindlich verankert wird.

229 Schüler*innen sollen befähigt werden, ökologische, soziale und ökonomische
230 Zusammenhänge kritisch zu reflektieren und verantwortungsvoll zu handeln.

231 5.2. Nachhaltige Schulgebäude und Beschaffung

232 Wir fordern, dass alle Schulen nach energieeffizienten, ökologischen und
233 barrierefreien Standards saniert oder gebaut werden.

234 Nachhaltige Materialien, Klimafreundliche Heizsystem und ressourcenschonende
235 Beschaffung sollen verpflichtend sein.

236 5.3. Kostenfreie, tragbare und digitale Schulmobilität

237 Wir fordern eine moderne, umweltfreundliche und digitale Schulmobilität:

238 – Kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Schüler*innen,

239 – Ausbau und Taktverdichtung von Bus und Bahn sowie Reaktivierung stillgelegter
240 Bahnlinien,

241 – barrierefreie Zugänge und sichere Fahrradwege,

242 – kostenloses WLAN in Verkehrsmitteln und intelligentes Entschuldigungssystem
243 bei ÖPNV-bedingten Verspätungen.

244 5.4. Nachhaltige Digitalisierung

245 Wir fordern, dass bei der Digitalisierung der Schulen Nachhaltigkeit mitgedacht
246 wird – etwa durch effiziente Soft- und Hardware, energiesparende und -bewusste
247 Nutzung, langlebige Geräte und Recyclingprogramme.

248 Besonders soll die Digitalisierung aber auch bei Schüler*innen einen
249 nachhaltigen Kompetenzerwerb hervorbringen.

6. Politische Bildung

*Politische Bildung ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie. Schule hat den Auftrag, junge Menschen zu selbständigem Denken, kritischem Hinterfragen und verantwortungsvollem Handeln zu befähigen um mündige Bürger*innen zu schaffen. Politische Bildung muss daher fächerübergreifend stattfinden, Demokratie erlebbar machen und vor Extremismus sowie Diskriminierung schützen.*

6.1. Politische Bildung als Kernaufgabe der Schule

Wir fordern, dass politische Bildung und Demokratieverständnis als fester Bestandteil aller Fachanforderungen und Bildungsgänge verankert werden.

Dazu gehört die Förderung von Medien-, Diskussions- und Beteiligungskompetenzen sowie die Stärkung des Verständnisses für Grundrechte, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

6.2. Eigenständige Fächer: Politik- und Geschichtsunterricht

Wir fordern die Einrichtung der eigenständigen Fächer "Politik" und "Geschichte" an allen berufsbildenden Schulen, welche regelmäßig, mit mindestens 2 Wochenstunden und praxisnah unterrichtet werden.

6.3. Demokratiebildung im Schulalltag

Wir fordern, dass Schulen demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar machen – etwa durch eine gestärkte Schülervertretung, Beteiligungsprojekte und Wahltrainings.

Lehrkräfte sollen für Demokratiepädagogik qualifiziert und Schüler*innen zur aktiven Mitwirkung ermutigt werden.

Der Beutelsbacher Konsens sollte stets als Vorbild gelten.

6.4. Erinnerungskultur und historische Verantwortung

Wir fordern, dass jede*r Schüler*in während der Schulzeit mindestens einmal eine Gedenkstätte des Nationalsozialismus besucht.

Der Geschichtsunterricht soll die Auseinandersetzung mit Antisemitismus,

277 Rassismus und totalitären Systemen fördern und Bezüge zur Gegenwart herstellen.

278 6.5. Aufklärung über Extremismus und Diskriminierung

279 Wir fordern umfangreiche Aufklärung über alle Formen von Extremismus,
280 insbesondere Rechtsextremismus, Antisemitismus, Sexismus und
281 Queerfeindlichkeit.

282 Schulen müssen aktiv und transparent gegen jede Form gruppenbezogener
283 Menschenfeindlichkeit vorgehen.

284 6.6. Konsequenzen bei verfassungsfeindlichen Verhalten

285 Wir fordern, dass Lehrkräfte, die gegen die freiheitliche-demokratische
286 Grundordnung handeln oder Mitglieder rechtsextremer Organisationen (u.a. die
287 AfD) sind, aus dem Schuldienst entfernt werden.

288 6.7. Mitbestimmung auch auf Landesebene

289 Wir fordern, dass im Land Schleswig-Holstein zur Förderung der Mitbestimmung von
290 Kindern und Jugendlichen, sowie als Instrumente der politischen Bildung ein
291 Landesjugendbeirat unter Einbeziehung der großen Jugendverbände und
292 Jugendvertretungen, sowie der LSVen im Land gebildet wird.

293 6.8. Europäische und globale politische Bildung

294 Wir fordern die Schaffung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung
295 (EZPB).

296 Ebenfalls sollen im Politikunterricht europäische und internationale
297 Zusammenhänge stärker integriert werden, um globale Verantwortung und
298 Solidarität zu fördern.

299 6.9. Projektstage als Mittel der politischen Bildung

300 Wir fordern die Einführung von mindestens zwei verpflichtenden Projekttagen pro
301 Schuljahr an berufsbildenden Schulen, die sich mit aktuellen politischen und
302 gesellschaftlichen Themen beschäftigen.

303 7. Lebensraum Schule

Schule ist mehr als ein Lernort – sie ist Lebensraum, sozialer Treffpunkt und Ort der Persönlichkeitsentwicklung. Damit sich Schüler*innen wohlfühlen und entfalten können, braucht es gute Ausstattung, Inklusion, Gleichstellung, Gesundheitsförderung und eine Kultur des Respekts. Die LSV BS SH setzt sich für Schulen ein, die sicher, inklusiv, barrierefrei und wertschätzend sind.

7.1. Schule als Ort des Wohlbefindens

Wir fordern, dass Schulen Orte sind, an denen sich alle Beteiligten sicher, respektiert und wohl fühlen.

Dazu gehören Rückzugsräume, Ruhebereiche, gesunde Lernbedingungen und eine offene, wertschätzende Schulkultur.

7.2. Ausstattung und Schulräume

Wir fordern ergonomisches Mobiliar, ausreichende Schließfächer, funktionale Arbeitsräume, digitale Infrastruktur und moderne Mensen an allen berufsbildenden Schulen.

7.3. Schulverpflegung und Gesundheit

Wir fordern die kostenlose Bereitstellung gesunder, ausgewogener Mahlzeiten mit veganen, vegetarischen und halal- zertifizierten Optionen.

Zudem sollen Schulen Konzepte zur Bewegung, Ernährung und mentaler Gesundheit verankern.

7.4. Inklusion und Teilhabe

Wir fordern, dass Schulen konsequent inklusiv gestaltet werden – baulich, organisatorisch und pädagogisch.

Jede Schule muss barrierefrei zugänglich sein und individuelle Nachteilsausgleiche anbieten.

7.5. Individuelle Förderung und Nachteilsausgleich

Wir fordern transparente und einheitliche Regelungen für Nachteilsausgleiche sowie individuelle Förderkonzepte für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen,

331 Teilleistungsstörung (z.B. LRS, Dyskalkulie etc.) oder besondere Begabungen.

332 Alle Maßnahmen sollen frühzeitig, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei
333 umgesetzt werden.

334 7.6. Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

335 Wir fordern, dass alle Schulen ein diskriminierungsfreies Umfeld für queere,
336 trans* und nicht-binäre Personen schaffen.

337 Dazu gehören auch die Anerkennung des dgti-Ergänzungsausweises sowie die
338 konsequente Nutzung des gewählten Namens.

339 7.7. Gleichstellung und gendergerechte Bildung

340 Wir fordern, dass Lehrkräfte verpflichtend auf geschlechtergerechte Sprache und
341 Darstellungsformen achten.

342 Das Thema "Gendergerechtigkeit" ist verbindlich in den Fachanforderungen,
343 insbesondere im Deutschunterricht, zu verankern.

344 7.8. Sensibilisierung und Prävention

345 Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zur Antidiskriminierung,
346 Mental Health und Gewaltprävention.

347 Schulen sollen Konzepte für einen achtsamen Umgang mit psychischen Belastungen
348 entwickeln.

349 7.9. Hygiene, Privatsphäre und Grundbedürfnisse

350 Wir fordern ausreichend genderneutrale Toiletten, kostenfreie
351 Menstruationsprodukte und sichere Trinkwasserversorgung an allen Schulen.

352 7.10. Kommunikation und Partizipation im Schulalltag

353 Wir fordern, dass Informationsflüsse zwischen Schüler*innen, Lehrkräfte und
354 Schulleitung verbindlich und transparent geregelt werden.

355 7.11. Religiöse und kulturelle Bedürfnisse

356 Wir fordern, dass an allen Schulen Gebetsräume eingerichtet werden und religiöse
357 Feiertage respektiert werden.

358 7.12. Schüler*innen Meinung durch und durch

359 Schüler*innen aktiv in die Planung und Durchführung von Schulfahrten und anderen
360 Veranstaltungen mit einbezogen werden.

361 7.13. Schule als Schutzort

362 Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt
363 für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein.
364 Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche
365 Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu
366 behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen

367 **8. Bundesweite und Internationale Schule**

368 *Bildung endet nicht an Landesgrenzen. Schüler*innen brauchen Austausch,*
369 *Kooperation und gemeinsame Stimme – national wie international. Die LSV BS SH*
370 *setzt sich dafür ein, dass Schüler*innenvertretungen bundesweit vernetzt sind*
371 *und internationale Bildungsprojekte gefördert werden, um globale Perspektiven*
372 *und Solidarität zu stärken.*

373 8.1. Inhalte demokratisch sichern

374 Wir fordern, dass die Satzungen bundesweiter Zusammenschlüsse sicherstellen,
375 dass inhaltliche Anträge beraten und demokratisch nach dem Mehrheitsprinzip
376 abgestimmt werden.

377 8.2. Schüler*innengremium wie KMK

378 Wir fordern, dass die Bundesschülerkonferenz sich stärker an der Struktur und
379 Arbeitsweise der Kultusministerkonferenz orientiert, um eine gleichwertige
380 Vertretung der Schüler*innen Interessen zu erreichen.

381 8.3. Mehr Internationaler Austausch

382 Wir fordern, dass internationale Austauschprogramme für Schüler*innen und
383 Lehrkräfte stärker gefördert und ausgebaut werden.

384 8.4. Partnerschulen für Europa

385 Wir fordern, dass Partnerschaften zwischen Schulen im In- und Ausland aktiv
386 unterstützt werden, um interkulturelle Kompetenz und europäisches Bewusstsein zu
387 fördern.

388 8.5. Internationale Kosten? Gesichert!

389 Wir fordern, dass berufliche Austauschprogramme und Praktika im Ausland
390 finanziell unterstützt werden.

391 8.6. Europa in den Unterricht

392 Wir fordern, dass europäische und internationale Bildungsinitiativen aktiv in
393 den Unterricht integriert werden, um globale Verantwortung und Friedensbildung
394 zu fördern.

395 8.7. Finanzielles für Soziales

396 Wir fordern die finanziellen Mittel für die unterschiedlichen Formen der
397 sozialen Dienste (FSJ, BFD, etc.) zu erhalten und langfristig auszubauen."

Begründung

1. Aufräumen und Strukturen schaffen

Das bisherige Grundsatzprogramm ist über viele Jahre gewachsen und enthält zahlreiche Wiederholungen, Vermischungen auf verschiedener Ebene sowie teils überholte Formulierungen. Das neue Grundsatzprogramm räumt diesen Wildwuchs auf: Inhalte wurden gesichtet, zusammengeführt, klarer strukturiert und sprachlich vereinheitlicht. Das Ergebnis ist ein nachvollziehbares, verständliches und stringentes Zukunftsdokument.

2. Redundanzen abbauen

An vielen Stellen gab es inhaltliche Doppelungen oder Feorderung, die bereits an andere Stelle der Beschlusslage geregelt waren. Im neuen Grundsatzprogramm wurden diese Redundanzen konsequent gestrichen oder zusammengeführt. Dadurch wird das Programm nicht nur kürzer und kompakter, sondern

auch deutlich klarer in seiner Botschaft.

3. Aktualisierung

Seit Änderungen am Grundsatzprogramm nachzuvollziehen sind, hat sich die schulische Realität stark verändert: Digitalisierung, Fachkräftemangel, psychische Belastungen, gesellschaftliche Spannungen und Entwicklungen in den Grundsätzen von Bildung und Politik erfordern neue Antworten. Das neue Grundsatzprogramm stellt genau das sicher, dass die LSV BS SH diesen aktuellen Herausforderungen präzise und zeitgemäß begegnet.

4. Zukunftsfähigkeit

Ein Grundsatzprogramm soll den zukünftigen Weg weisen. Das neue GSP orientiert sich daher nicht an den Problemen der Vergangenheit, sondern an den Anforderungen der kommenden Jahre: nachhaltige Bildung, digitale Kompetenz, chancengerechte Bildung, moderne Mitbestimmung sowie zeitgemäße Unterrichts- und Schulstrukturen. Damit legt die LSV BS SH die Grundlage für eine langfristige, progressive Bildungspolitik.

5. Trennung zwischen Grundsatzprogramm und Beschlusslage

Das bisherige Grundsatzprogramm vermischte häufig grundsätzliche Leitlinien mit konkreten Forderungen, die besser in der aktuellen Beschlusslage aufgehoben sind. Im neuen GSP wurde bewusst eine klare Trennung vorgenommen:

- Das Grundsatzprogramm formuliert Werte, langfristige Leitlinien und Grundüberzeugungen
- Die Beschlusslage regelt konkrete, kurzfristige Forderungen und politische Maßnahmen.

Damit wird die LSV BS SH strategisch schärfer, politisch professioneller und nach außen deutlich verständlicher.

6. Frischer Wind für frische Ideen

Ein neues Grundsatzprogramm ist mehr als eine Überarbeitung, es ist ein Aufbruch. Die neue Fassung bringt frische Impulse, neue Perspektiven und Ideen, die den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Die Inhalte spiegeln die Energie und Motivation der aktiven Schüler*innenvertretung wider und geben dem politischen Engagement der kommenden Jahre einen neuen Schwung.